Im Nachdenken

Angesichts der Entwicklungen seit den 1990er Jahren in den Feldern der Integrations- und Migrationspolitiken in Österreich, vor allem in Anbetracht der wachsenden Verschränkung dieser mit sprachpolitischen Maßnahmen, entschieden wir uns, in diesem Textbeitrag die Konsequenzen dieser Politiken für die Arbeit im Feld **Deutsch als Zweitsprache und Alphabetisierung** mit Migrant*innen und Refugees in der Erwachsenenbildung zu thematisieren.

Beunruhigt durch die Tatsache, dass manche staatlichen Politiken durch mehrere im Feld der Erwachsenenbildung mit Migrant*innen tätige Organisationen letztendlich umgesetzt und vollzogen wurden und werden, fragen wir uns nach möglichen Positionierungen und Aufgaben, die wir als Professionelle im Feld *Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Alphabetisierung* mit erwachsenen Migrant*innen und Refugees übernehmen bzw. in den letzten Jahren übernehmen hätten können, um der stets wachsenden Instrumentalisierung unseres Arbeitsfelds im Sinne restriktiver Integrations- und Migrationspolitiken Widerstand zu leisten. Wir fragen nach, wir denken nach, ohne den Anspruch auf Antworten.

Die Sprachbildung und das Management

Aus der Verschränkung von Sprach-, Migrations- und Integrationspolitiken wurden in den vergangenen Jahren in Österreich kontinuierlich rechtliche Regelungen implementiert, die den Erwerb der deutschen Sprache mit Vorschriften und Sanktionen verbinden. Mit dem sogenannten Integrationspaket, Teil des am 1. Jänner 2003 unter der ÖVP-FPÖ-Regierung in Kraft getretenen Ausländerpakets, wurde die Integrationsvereinbarung eingeführt. Für das Nicht-Erfüllen der Verpflichtung sah das Gesetz Sanktionen vor, die bis hin zum Verlust der Aufenthaltsgenehmigung führen konnten. Gleichzeitig wurde die Einreise von „Schlüsselarbeitskräften“ erleichtert.[1] Im Jahr 2006 trat das von der schwarz-blauen

[1] Vgl. Demokratiezentrum (2015): Arbeitsmigration nach Österreich in der Zweiten Republik. Unter: http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/arbeitsmigration-nach-oesterreich-in-der-zweiten-republik.html (Stand: 20.09.2017)

Regierung gemeinsam mit der SPÖ beschlossene „Fremdenrechtspaket“ in Kraft, das die Verpflichtungen der Zuwander*innen im Rahmen der „Integrationsvereinbarung neu“ erweiterte.[2] Im Jahr 2011 ersetzte die Rot-Weiß-Rot-Karte das bis dahin geltende Quotensystem bei der Zuwanderung nach Österreich. [3] Diese Regelung sieht für besonders hochqualifizierte Arbeitskräfte, für Fachkräfte in Mangelberufen und für selbstständige Schlüsselkräfte aus Drittstaaten sowie für Studienabsolvent_innen einer österreichischen Hochschule einen besonderen Zugang zum Aufenthaltstitel und zum Arbeitsmarkt vor.[4]

Mit dem aktuellen Integrationsgesetz treten nicht nur strengere Regelungen bei der Integrationsvereinbarung für Drittstaatsangehörige in Kraft, sondern auch neue gesetzliche Integrationsverpflichtungen für anerkannte Flüchtlinge. Die Sanktionen bei sogenannter Integrationsverweigerung sind weitreichend und umfassen beispielweise Kürzungen und/oder Streichung der Mindestsicherung bzw. der Notstandshilfe und des Arbeitslosengeldes. Integrationsbeirat, Integrationsmonitoring und Integrationsforschungskoordinationsstelle werden eingerichtet. „Die Behörde“ kann „feststellen“, dass der/die Betroffene „trotz Vorliegen eines Nachweises (...) das Modul eins der Integrationsvereinbarung mangels erforderlicher Kenntnisse (...) nicht erfüllt hat“. Bessere Kontrolle und strengere Strafen: So wird das Gesetz auch beworben.[5]

Deutsch- und darüber hinaus auch Schriftsprachkenntnisse werden in den gesetzlichen Regelungen immer mehr als Selektionsinstrumente im Rahmen einer von einem Managementansatz geleiteten Migrationspolitik eingesetzt. Der angekündigte „Wettbewerb um die besten Köpfe“[6]im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung im deutlichen Einklang mit EU-Richtlinien verdeutlicht beispielhaft den vorherrschenden Charakter des Migrationsmanagements auch im Verschränkungsfeld Sprach- und Integrationspolitik.

Wie im *Strategy Document* der Internationalen Organisation für Migration[7] formuliert wird, muss Migration gemanagt werden, damit ihre Vorteile maximiert und ihre negativen Folgen minimiert werden können. Die Priorisierung der Kosten-Nutzen-Logik im Vorhaben der Steuerung von Migration und

[2] ÖIF (2005): Integrationsvereinbarung 2006. Unter: http://www.okay-line.at/file/656/informationsblattzuriv-deutsch.pdf (Stand: 20.9.2017)

[3] Medien-Servicestelle. Neue Österreicher/innen (2011): Neuere österreichische Migrationsgeschichte. Unter: http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2011/05/25/neue-osterreichische-migrationsgeschichte (Stand: 20.9.2017)

[4] Bundesministerium für Inneres / Sozialministerium (o.J.): http://www.migration.gv.at/de/formen-der-zuwanderung/dauerhaftezuwanderung/sonstige-schluesselkraefte (Stand: 20.9.2017)

[5] BMEIA (2017): Integrationsgesetz im Ministerrat beschlossen. Unter: https://www.bmeia.gv.at/das ministerium/presse/aussendungen/2017/03/integrationsgesetz-im-ministerrat-beschlossen (Stand: 20.9.2017)

[6] Bundeskanzleramt (2013): Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018. Erfolgreich. Österreich. S. 29. Unter: http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=53264 (Stand: 20.9.2017)

[7] IOM - International Organization for Migration (2007): IOM Strategy. S. 3. Unter: https://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/about_iom/docs/res1150_en.pdf (Stand: 20.9.2017)

»

NGOs ziehen in Seenot geratene Flüchtlinge aus dem Wasser und werden dafür kriminalisiert. Eine **Radio-Stimme-Nachlese** von **Julia Hofbauer.**

Integration führt zur Abschottung, zur Ausgrenzung, zur Verstärkung der kapitalistischen Ausbeutungsmechanismen, zur Fortsetzung ungleicher gesellschaftlicher Verhältnisse und vor allem zum Tode Tausender Menschen auf der Suche nach einem Leben abseits von Armut und/oder Gewalt.

Die aktuellen Antworten der österreichischen Regierung auf die Fragen der Integration derjenigen, denen es gelungen ist, lebendig hier anzukommen, sind vor allem durch die Implementierung von Wertekursen, von Sprach- und neuerlich von Werte-Prüfungen sowie durch eine verstärkte Betonung des Erwerbs von Deutschkenntnissen als Fundament und Voraussetzung für Integration gekennzeichnet. Verstärkte Förderung von Deutschkursen wird versprochen und teilweise umgesetzt, andere dazugehörige Ziele wie die Bekämpfung von rassistischer und sexistischer Segregation des Arbeitsmarktes und des Bildungssystems sowie der Ausschlüsse durch gesetzliche Regelungen geraten aus dem Blick aktueller Integrationspolitik.

Wir betrachten sowohl die Einführung der Integrationsvereinbarung als auch die Einreiseerleichterung für Schlüsselarbeitskräfte als mindestens Teilergebnisse einer dominierenden Kosten-Nutzen-Logik in der Migrations- und Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte in Österreich. Es handelt sich um eine selektive Migrationspolitik, die prioritär die Bedürfnisse des österreichischen Arbeitsmarktes und Wirtschaftsstandortes berücksichtigt. Eine Migrationspolitik, die nach Maßgabe ökonomischer Interessen geplant und umgesetzt wird, und die nicht abgekoppelt von transnationalen wirtschaftlichen Strategien und Entwicklungen zu betrachten wäre:

„Die zunehmende internationale Spezialisierung und die Verlagerung der Produktion von Beschäftigungsbereichen mit geringen Anforderungen an die Qualifikationen der Arbeitskräfte in weniger entwickelte Länder veranlasste viele OECD-Staaten, die Migrationspolitik an diese Veränderungen anzupassen und sie auf qualifizierte Arbeitskräfte auszurichten (Biffl, 1999, 2002)."[8]

Unsere Beobachtungen lassen das Feld DaZ und Alphabetisierung für erwachsene Migrant*innen mehrheitlich als einen Raum der hegemonialen Zurichtung erscheinen. Die von der österreichischen Regierung verordneten Werte- und Orientierungskurse für Refugees und Drittstaatsangehörige bilden grundsätzlich kein Novum im Feld. Werteprüfungen wurden zwar erst durch das aktuelle Integrationsgesetz 2017 eingeführt, Wertevermittlung im Sinne eines Zivilisierungsprojektes, das Grundzüge einer Kolonialpädagogik trägt, findet jedoch nicht erst seit Dezember 2015 statt, als die Wertekurse im Anschluss an den „Sommer der Migration" in Österreich implementiert wurden. Das Neue daran bezieht sich vor allem auf die explizite Benennung der verfolgten Ziele. Unter Einbeziehung des interkulturellen Ansatzes, der seit den 1990er Jahren im Feld DaZ etabliert ist, wurde eine Praxis befördert, die die Aufmerksamkeit von strukturellen Problemen abzieht und sie auf externe, kulturelle Determinanten lenkt. Nicht von Wertevermittlung war die Rede, sondern von kulturellen Differenzen und von Anerkennung von Differenzen. Lernende Migrant*innen erzählen über ihre „kulturellen Eigenheiten" und erfahren, was „das Österreichische" ausmacht und welche Normen des Zusammenlebens hier gelten. Ein normativer und erzieherischer Impetus, der sich als Kontinuität kolonialer Praxen entlarvt, war und ist immer noch charakteristisch für das Feld. Die bereits 2007 von Kien Nghi Ha formulierte Kritik an der Integrationskursverordnung in Deutschland als Kontinuität der kolonialen Pädagogik[9] erweist sich hier in Österreich heute als dringend angebracht. Die Beschäftigung mit der normativen Dimension der Arbeit in diesem Feld und dem Entwurf von Handlungsperspektiven für Erwachsenenbildner*innen, betrachten wir – in *das kollektiv* und in *maiz* – als dringend fällig.[10]

[8] WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2008): Die ökonomischen Wirkungen der Immigration in Österreich 1989-2007, S. 1. Unter: https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/5/4/4/CH3434/CMS1459842377544/06_die_oekonomischen_wirkungen_der_immigration_in_oesterreich.pdf (Stand: 20.9.2017)

[9] Kien Nghi Ha (2007): Deutsche Integrationspolitik als koloniale Praxis. In: Kien Nghi Ha/Lauré al-Samarai, Nicola/Mysorekar, Sheila (Hg.): re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland. Unrast. Münster, S. 113-128.

[10] maiz (Hg.) (2014): Deutsch als Zweitsprache. Ergebnisse und Perspektiven eines partizipativen Forschungsprozesses. Reflexive und gesellschaftskritische Zugänge. [d_a_] Curriculum für die Erwachsenenbildung: Deutsch als Zweitsprache im Dissens. Unter: http://www.maiz.at/sites/default/files/images/deutsch-als-zweitsprache_www-2.pdf (Stand: 20.9.2017)

Denn als dringend auffällig erscheint uns die Parallele zu Bildungspraxen in anderen geschichtlichen Momenten, sowohl aus kolonialen Geschichten als auch aus der Geschichte totalitärer Regierungen.

Was tun?

Unter anderem mit Bezug auf Gramscis Konzept von Zivilgesellschaft laden wir spätestens seit der Einführung der Integrationsvereinbarung unsere Kolleg_innen im Feld DaZ und Alphabetisierung in der Erwachsenenbildung zu einer Auseinandersetzung mit unseren jeweiligen ethischen, politischen und professionellen Haltungen ein. Denn wenn rechtliche Bestimmungen und staatliche Politiken als Institutionalisierungen sozialer Kämpfe und daraus entstandener Kompromisse zu betrachten sind[11], wenn die Zivilgesellschaft das Terrain ist, in dem die Hegemonie unterstützt und/oder angefochten werden kann, wenn die Zivilgesellschaft also als Kampfplatz zu begreifen ist[12], dann stellten wir damals und stellen heute erneut die Frage: Welche Risse könnten im die Hegemonie unterstützenden Konsens erzeugt werden, wenn sich Bildungseinrichtungen und Professionelle im Feld DaZ weigern würden, die geltende Gesetzgebung zu stützen, wenn sie keine Integrationskurse anbieten und keine Integrationsprüfungen abnehmen würden?

Dann stellten wir damals und stellen heute erneut die Frage, diesmal in Anlehnung an Paulo Freire: In wessen Interesse arbeiten wir im Feld DaZ in der Erwachsenenbildung? Dann stellten wir damals und stellen heute erneut die Frage, jetzt in Anlehnung an Gayatri C. Spivak: Was ist denn das, was wir nicht nicht wollen können?

2017: Lehrende organisieren sich

Wir beenden diesen Beitrag mit der erfreulichen und ermutigenden Botschaft der endlich stattfindenden widerständigen Organisierung der DaZ- und Alphabetisierungslehrenden in Österreich.

Im Rahmen einer Veranstaltung der *Universität der Ignorant_innen*[13] zur aktuellen „Wertedebatte" bildete sich eine Gruppe von DaZ- und Basisbildungslehrenden, die sich seitdem regelmäßig (in Wien) trifft, um widerständige Strategien in Bezug auf die Eingriffe in die Bildungsarbeit zu diskutieren, zu entwerfen und umzusetzen.

Angesichts der Feststellung, dass vor allem DaZ- und Alphabetisierungskurse immer mehr Materie der Sicherheit und immer weniger der Bildung werden, vermittelte die Gruppe ihre zentralen Positionen und Forderungen in einer ihrer ersten Aussendungen als Reaktion auf das neue Integrationsgesetz und gleichzeitig als Einladung an andere Lehrende zur Beteiligung am Organisierungsprozess:

„Wir sind Lehrer_innen, keine Werte- oder Sprachpolizist_innen!
Und wir wollen nicht verlängerter Arm dieser Politik sein!"[14]

Die Organisierung und öffentliche Positionierung der Lehrenden bilden einen wichtigen Schritt, jedoch wissen wir, dass Lehrende im Feld der Sprach-, der Erwachsenenbildung bzw. der Basisbildung mit erwachsenen Migrant*innen und Refugees einer Berufsgruppe angehören, die oft unter prekären Bedingungen arbeitet. Lehrende sind meistens den Entscheidungen von Leitenden in den Bildungseinrichtungen ausgeliefert und haben kaum Verhandlungsspielraum – dem gegenüber positionieren sich ebenfalls die am Organisierungsprozess beteiligten Lehrenden[15].

Eine Strategie zur Veränderung der Leitungspraxis in vielen Erwachsenenbildungseinrichtungen, die sich auffallend als vollziehende Instanzen der gesetzlichen Regelungen entfalten, ist im Zusammenhang mit den Forderungen der Lehrenden ebenso dringend notwendig.

Abschließend eine Anmerkung: Es ist einiges schiefgelaufen. Ein langer und holpriger Weg steht noch vor uns.

[11] Ulrich Brand (2004): Was ist eigentlich Hegemonie? In: taz online vom 20.09.2004, Lexikon der Globalisierung. Unter: http://www.taz.de/!697314 (Stand: 20.9.2017)

[12] Peter Mayo (2007): Politische Bildung bei Antonio Gramsci und Paulo Freire. Perspektiven einer veränderten Praxis. Argument Verlag: Hamburg, S. 43.

[13] http://maiz.at/de/story/2016/maiz-kultur/call-zur-kritischen-wissensproduktion-zum-thema-werte. Die Veranstaltung wurde von maiz und das kollektiv in Linz im April 2017 organisiert.

[14] IG Arbeitsbedingungen Basisbildung, DaZ, DaF, DaE (2017): Lehrende in DaZ- und Integrationskursen fordern: Hände weg von der Bildung! Unter: https://igdazdafbasisbildung.noblogs.org/files/2017/05/Haende-weg-von-der-bildung.pdf (Stand: 20.9.2017)

[15] Siehe Beiträge auf https://igdazdafbasisbildung.noblogs.org/aktuell/ zu Arbeitsbedingungen im Feld; siehe auch Text der Arbeitsgruppe "Basisbildung als Beruf" unter: https://netzwerkmika.at/download_file/view/481/236 (Stand: 20.9.2017)

Rubia Salgado ist als Erwachsenenbildner_in und Autor_in in selbstorganisierten Kontexten tätig. Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt im Feld der kritischen Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft. Sie absolvierte ein Lehramtsstudium in Brasilien und ist Mitbegründerin der Selbstorganisation **maiz.** Seit 2015 arbeitet sie im neuen Verein **das kollektiv. kritische bildungs-, beratungs- und kulturarbeit von und für migrant*innen** in Linz, der seit November 2015 die Bildungsaktivitäten des Vereins **maiz – Autonomes Zentrum von & für Migrantinnen** weiterführt.

das kollektiv ist ein Ort der kritischen Bildungsarbeit. Geleitet von rassismuskritischen und queer-feministischen Perspektiven und Zielen konzipieren und realisieren wir Basisbildungskurse und Lehrgänge zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für erwachsene Migrant*innen und Refugees. Wir bilden Basisbildungslehrende aus und führen Entwicklungs- und Forschungsprojekte durch. In **das kollektiv** arbeiten Menschen, die Veränderungen ungleicher Verhältnisse in der Gesellschaft anstreben. Menschen aus unterschiedlichen geografischen und sozialen Orten.